

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 27 (1937)
Heft: 47

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Verbote . . . Verbote!

Im Kanton Schwyz wurde ein Kommunistenverbot eingeführt. Es gibt zwar in diesem Kanton keine Kommunisten, aber die Schwyzer halten wie jener Mann, der mit Gewehr und Jagdhund auf einem Kirschbaum saß und den Füchsen auflauerte. Ob's auf dem Kirschbaum Füchse habe? „Man kann nie wissen.“ Ja, man kann nie wissen, was den Nachkommen der ältesten Eidgenossen einfallen könnte. Es wird übrigens kein einseitiges Kommunistenverbot werden, sondern ein Gesetz, das alle Verbindungen verbietet, die mit ausländischen Staaten Zusammenhang haben. Die Schwyzer nennen „rote und braune Bolschewiki“ in einem Atemzug.

Der Kanton Zürich hat die nötigen Unterschriften für die Kommunisteninitiative der Bauernpartei tei zusammengebracht. Erst die Abstimmung wird zeigen, ob der Souverän des zweitmächtigsten eidgenössischen Standes der gleichen Meinung sei wie der Bauernführer, Herr Reichling, und die mitverbündeten Freisinnigen, die ja im Kanton Zürich weiter rechts stehen als in allen andern deutschsprechenden Landesgegenden. Der in Zürich abgeplitterte Linksfreisinn wird als „demokratische Partei“ gegen das Verbot agitieren.

Die Aussichten der zürcherischen Kommunistenausrottung sind größer, als man denken mag. Alle Linksparteien geben zwar die Parole aus: „Verwerfung im Namen der Demokratie!“ Aber ungezählte Arbeiter, die nicht ideologisch denken, werden zu Hause bleiben und zusehen, wie das Bürgertum endlich die Spaltpilze erledigt, die jahrelang die Linke zerfressen, Gewerkschaften und Jugend unterminiert und die einheitliche Kraft der Demokratie gebrochen. Mögen die Führer zehnmal orakeln: „Nach den Kommunisten kommen die Sozis dran! Hütet euch am Morgarten!“ Rache ist eben süß, auch wenn Herr Reichling der KP den Giftbecher reicht. Mögen sie die staatsgefährlichen Verbindungen austrotten. „Man“ gehört ja nicht dazu!

In diesem Zusammenhang muß man sich auch über das Schicksal der sogenannten „Freimaurerinitiative“ eigene Gedanken machen. Am 28. November soll ja das Volk entscheiden, ob ein Verbot des Ordens auf eidgenössischem Boden . . . so faßt das Volk das Verbot der Zugehörigkeit eidgenössischer Beamten zum Freimaurertum auf . . . richtig sei. Wenn verboten werden soll, warum nicht auch eine Organisation der „Herren“? Warum nur solche der Kragenlosen? Es werden einige tausend Stimmen Ja sagen, die sonst Nein gesagt hätten, nur weil die KP nicht mehr sein soll. Dazu werden die Tausende stoßen, die aus der Rundgebung schweizerischer Bischöfe nur heraushörten, die Kirche verbiete ihren Gläubigen die Zugehörigkeit zur Maurerei. Was die zahlreichen ff. und bäuerlichen Organisationen angerichtet, die einerseits gegen die Kommunisten sind, andererseits für den 28. November Stimmfreigabe beschlossen, wird man am Abend des genannten Sonntags ausrechnen können. Und die andern, die mit dem Vereinsrecht gegen die Freimaurerverbote, mit der Staatsraison aber für das Verbot der KP agieren? So ein kleines Ständemehr würde ihnen die Zweischneidigkeit der Verbote richtig demonstrieren.

Vermittlungsversuche.

Vor den schottischen Konservativen hat der britische Premier Chamberlain eine große Rede gehalten. In dieser wohlwogenen Rede, die weit mehr als die Kollegen in Schottland die deutschen und italienischen Machthaber anging, erläuterte der führende Mann des britischen Weltreiches den Zweck seiner allerneuesten Versuche, mit Berlin und Rom ins Gespräch zu kommen. Großbritannien, dessen Wehrkräfte ständig zunehmen, dem man also nicht vorwerfen könne, es unterhandle aus Schwäche, unternehme einen neuen Versuch, die Befürchtungen zu zerstreuen und die Verdächtigungen auszuscalten, unter denen die europäischen

Staaten zur Zeit leiden. Großbritanniens Ziele seien freundschaftliche Beziehungen mit allen Völkern, welche die britischen Freundschaftsgefühle erwidern und . . . „die allgemein gültigen Verhaltensregeln, ohne welche es keine Sicherheit noch Stabilität geben kann, zu beobachten gewillt seien“.

„Prüfung der Herkunft und Berechtigung jener Befürchtungen und Verdächtigungen“, das ist nach Neville Chamberlain Sinn und Zweck der Vorgänge, denen das britische Volk und mehr noch das französische erstaunt zuschauen. Wie kommt es, daß der Lordkanzler Halifax in Berlin bei Hitler weilt und sich mit ihm unterhält? Welchen Zweck können die gleichzeitigen Unterhaltungen des britischen Gesandten in Rom mit dem Außenminister Mussolini, dem Grafen Ciano, haben? „Prüfung der Herkunft und Berechtigung gewisser Befürchtungen.“ Die britischen Staatsmänner befinden sich also auf Erkundungsreisen. Und vermutlich verbinden sie damit auch den Zweck, die Diktatoren allerlei wissen zu lassen, was nicht in den Zeitungen stehen wird. Italienische Blätter haben auf Kommando von oben die britische Regierung angefaucht: Wenn es London ernst sei mit den Verständigungsversuchen, dann müsse sich „der Chamberlain“ beeilen. Trotz dieser Unhöflichkeit wurden die Informationsgespräche aufgenommen. Und werden mit der Bedächtigkeit und Gründlichkeit und Verschwiegenheit geführt, die man in London traditionell für richtig hält, trotzdem jene Mussoliniartikel England vorwarfen, es suche nur Zeit zu gewinnen und Deutschland und Italien einzuschläfern.

Den umgekehrten Vorwurf, die Diktatoren suchten England einzuschläfern, kann man bestimmt nicht erheben. Andauernd stehen die ausgesandten Hornisse an den empfindlichen Stellen des politischen oder wirtschaftlichen Organismus, in dessen Mitte das britische und französische Weltreich stehen. Da vernimmt man, daß das arabische Komitee Palästinas zum unerbittlichen Widerstand gegen England aufruft. Da hört man, es sei aus der Wüste ein schwerbewaffnetes Korps mit Maschinengewehren und Flugabwehrgeschützen ins britische Mandatgebiet eingebrochen und versuche die eigentliche Revolution einzuleiten. Dann wird in Tunis der politische Generalstreik der Araber verkündet, zum Protest gegen die Ereignisse in Französisch-Marokko.

Gegen Großbritannien geht auch die neuerrichtete halb-fascistische Diktatur in Brasilien, deren erste Tat die Einstellung des Zinsendienstes gegenüber den britischen und nordamerikanischen Gläubigern war. Diktator Vargas, bisher Präsident, der diesen Staatsstreik durchgeführt, liebgeliebt mit der Idee eines Korporationstaates. Wie weit die Furcht vor den fascistischen Verbänden und ihren deutschen Drahthaltern Vargas getrieben, kann man aus der Ferne nicht beurteilen. Es mögen eine Reihe von Gründen sein, die zum Handeln drängten. Vor wenigen Tagen las man, Brasilien habe die ganze Kaffee-Ernte zur Ausfuhr freigegeben. Die bisherige Restriktion der Vorräte habe zwar die Preise hochgehalten, dafür aber den Konkurrenten Brasiliens die Wege geebnet, sich im Welthandel vorzudrängen. Rio de Janeiro müsse versuchen, die erste Stelle unter den Kaffeeproduzenten wieder zu erobern. Das war die Einleitung. Dann hörte man von der Weigerung der britischen Gläubiger, den brasilianischen Wünschen auf Neueregung der Schulden und Zinsen entgegenzukommen. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Nordamerika sich vergeblich bemühte, Brasilien zu einer Revision seines Clearingsystems im Handel mit Deutschland zu bewegen, d. h. sich der Zwangslage, deutsche Industriewaren für Kaffee und Rohstoffe anzunehmen, zu entziehen. Längst wußte man, daß mit diesen intensiv gesteigerten deutsch-brasilianischen Handelsbeziehungen Einflüsse anderer Art sich eingenistet hatten. Was nun Brasilien auf finanz- und handelspolitischem Boden getan, sieht wie eine Kopie der Schacht-Methode aus. Vargas hätte also das praktiziert, was die germanophilen Extremisten, falls sie ans Ruder gekommen wären, geplant. Ob mit vollfascistischer Ueberzeugung, wird die Zeit lehren.

Wer heute Großbritannien kritisiert, wirft ihm vor, in Berlin und Rom Auskünfte zu holen, die bestimmt falsch sind, und die wahren Tatsachen, die man in Rio, Jerusalem, Tunis und Spanien erlebt, geistlich zu übersehen. Nach Herzenstummeln bei Hitler und Mussolini zu suchen und vor den Brandzeichen am Himmel die Augen zuzuschließen. Berlin und Rom sind es, die Japan ermuntern haben, der Neunmächtekonferenz in Brüssel zum zweiten Mal mit einem kategorischen Nein zu antworten. Berlin und Rom haben Tschiang Kai Schek die Friedensvorschläge Japans unterbreitet, die auf Anschluß Chinas an den Antikominternpakt, Kuratel deutscher und japanischer Offiziere für die chinesische Armee, Vostrennung des Nordens und Shanghais usw. lauten. (Und Sand in die Augen der westlichen Öffentlichkeit ist das deutsch-japanische Grenzprotokoll, das eben in Berlin unterzeichnet wurde.) —an—

Kleine Umschau

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Wobei aber diesmal nicht ich der Frömmste bin, sondern im Gegenteil der böse Nachbar. Ich hatte nämlich um die Zeit des „Welttierschutages“ wieder einmal meine eigene Meinung und war so unvorsichtig, diese in der „Kleinen Umschau“ an's Licht der Druckerschwärze zu bringen. Und auch das nur, weil ich doch immer der Meinung war, die „Kleine Umschau“ sei ein harmloses —, ich gebe es ganz offen zu —, oft sogar einfältiges Geplapper, aber auf keinen Fall irgend ein Essay, das die Meinung der Leser nach irgend einer oder der anderen Seite beeinflussen könnte. So eingebildet war ich noch nie im Leben. Und übrigens bin ich, seit ich Kenntnis vom Bestehen des „Vereins gegen die Vivisektion“ habe, Mitglied desselben und auf jeden Fall, seit ich denken kann, ein ausgesprochener Gegner der Vivisektion und ich glaube, ich habe das auch schon durch ernste Zeitungsberichte zur Genüge bewiesen. Wenn sich nun Mitglieder des Vereins über diese meine kurze Welttierschutagbetrachtung aufregen und gar der Meinung sind, ich wollte den Verein in Mißkredit bringen, dann sind sie arg am Holzweg. Nebenbei bemerkt ist aber auch in den 10 Zeilen, die ich damals schrieb, der Verein gegen die Vivisektion gar nicht erwähnt, sondern nur Tierschutzvereine im Allgemeinen, weil ich eben der Meinung war, daß die Welttierschutage meistens von den Tierschutzvereinen veranstaltet werden. Nun, wie dem auch sei, ich sage reumütig: „Pater peccavi“. Mir lag nichts ferner als den Verein irgendwie in Mißkredit bringen zu wollen. Aber ich bin nun einmal von Geburt aus ein Querkopf und glaubte das Recht zu haben, meine verquerten Ansichten ungeachtet der Druckerschwärze übergeben zu dürfen. Und über die „Umschau“ sollte doch alles nur lachen, und wenn das gelingt ist ihr Zweck vollkommen erreicht. In den ca. zehn Jahren übrigens, seit welchen ich die Umschau schreibe, war dies der erste Fall, daß jemand ernstlich gegen deren Inhalt reklamierte. Ein Stänkerer im eigentlichen Sinne des Wortes bin ich also sicher nicht. Und drum möchte ich auch nur noch sagen: „Deswegen keine Feindschaft nicht.“

In der Politik habe ich mit meiner letztwöchigen Prophezeiung ohnehin auch wieder eine böse Blamage erlebt. Wider aller Erwarten ging die vom streitbaren Teil unseres schöneren Geschlechtes so grimmig bekämpfte Vorlage über das Doppelverdienstrecht mit großem Mehr durch. Die „Hauptwache“ aber, um die weder prominente noch Laienpolitiker auch nur die geringste Angst hatten, floß, allerdings mit einem ganz kleinen Minus bachabwärts. Und nun entbrannte der Streit um das „Warum“? Die einen meinen, daß das Volk meinte, wenn schon der Staat seit Jahrzehnten den „Seidenjuckerzins“ einsteckte, er nun auch ruhig die Renovation zahlen könnte. Die anderen aber meinen, das „Nein“ wäre einfach ein Protest des Volkes gegen die „architektonische“ Lösung der Kasinoplagfrage gewesen. Ich glaube allerdings, daß sich an dieser Lösung gar nichts ändert, ganz gleich, ob die Hauptwache Besitz des Staates oder der

Stadt ist. Aber eben: „Es raft der See und fordert seine Opfer.“ Das Opfer war in diesem Falle die Hauptwache. Natürlich auch nur bildlich, denn sie bleibt ja trotzdem an ihrem alten Fleck stehen, und der Staat wird weiterhin die Seidenjuckermiete einziehen.

Und unseren ersten Schnee hatten wir ja auch und zwar ausgerechnet am St. Martinstag. Das aber ist wieder einmal ein böses Omen: „Hat Martini einen Bart, ist der Winter lang und hart.“ Zum Troste aller Hausfrauen aber, die noch nicht bis Mai mit Kohlen eingedeckt sind, hatte St. Martin ja eigentlich gar keinen weißen Bart, sondern höchstens weiße Bartstoppeln und auch die rasierte ihm die himmlische Schönheitssalonbesitzerin, Frau Sonne, rasch weg. Also wird es wohl mit dem Winter auch nicht allzu gefährlich sein. Dafür war aber auch die Martinsgans bei uns nicht allzuhäufig anzutreffen, denn erstens sind wir ja kein Gänseland und zweitens ist der Import „geflügelter Tiere“ dermalen ziemlich kompliziert.

Jetzt muß ich aber trotz aller meiner Abneigung über die Weltpolitik doch wieder einmal politisieren. Wie nämlich eine große Basler Zeitung berichtet, fand vor einigen Tagen ein Effendi in der Wüste bei Alexandrien einen betenden Heiligen. Und der Heilige sagte zum Effendi: „Störe mich nicht, denn ich muß in 62 Minuten sterben und ich freue mich darauf.“ Auf weitere Fragen des Effendi erklärte der Heilige, daß in 22 Tagen ein furchtbarer Weltkrieg sein wird, größer als alle bisherigen Kriege zusammen. Der Effendi holte nun rasch die Polizei, um mit ihrer bewährten Hilfe noch Näheres aus dem Heiligen herauszuquetschen. Aber im Moment als die Polizei ankam, waren die 62 Minuten um und der Heilige brach tot zusammen. Da ich nun nicht weiß, wie lange diese Nachricht brauchte, bis sie von der Wüste nach Basel gelangte, kann ich auch den genauen Ausbruch des Weltkrieges nicht angeben. Mich aber erreichte so ziemlich gleichzeitig mit der Nachricht aus der Wüste auch die Zeitungsnachricht, daß der Duce die italienischen Freiwilligen aus Spanien zurückziehe, da er sie anderwärts nötiger brauche.

Und die „Seva-Ziehung“ ist nun auch vorüber und es gibt z'Bärn eine Unmenge Hunderttausendfrankenanwärter, die leer ausgegangen sind. Ein Trämeler, der mich hie und da besucht, erzählte mir, es habe z'Bärn noch nie so viele schlecht gelaunte Tramfahrer und Tramfahrerinnen gegeben, wie am Tage nach der „Seva-Ziehung“. Dabei ist aber doch der ganze Stadtanzeiger überfüllt mit „Lottos“, bei welchen man doch wenigstens eine Hamme oder ein Rippli als Trostpreis ergattern könnte.

Als ich aber vor einigen Wochen, noch auf eigenen Füßen, im Kornhauskeller war, da spielte ein Bataillonspiel den „Berner Marsch“. Ein wahrhafter Bärner, der neben mir saß, erzählte aber ganz begeistert, den „Berner Marsch“ habe er aber doch am schönsten in Nürnberg spielen hören. Dort spielte ihn an einem Umzug eine Landsknechtgruppe so prächtig, daß er vor lauter Begeisterung den Hut hoch in die Luft geworfen habe. Und jetzt, wo ich viel Zeit zum Grübeln habe, muß ich immer darüber nachdenken, ob das nicht eigentlich doch eine Art von Landesverrat war, denn die Nürnberger Landsknechte waren doch unbedingt — Nazis. Christian Ruegguet.

GERAHMTE

BILDER

Kunsthaltung F. Christen

Amthausgasse 7, Bern